

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

1. Ministerrat

5. Juni 2019

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 9. Mai 2019, mit dem ein Beschluss vom 11. April 2019 betreffend „ausreichend Personal für eine handlungsfähige Justiz“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 9. Mai 2019, mit dem ein Beschluss vom 11. April 2019 betreffend „einen umgehenden Baustopp des Ausbaus und eine unabhängige externe Überprüfung des Atomkraftwerks Mochovce“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 9. Mai 2019, mit dem ein Beschluss vom 11. April 2019 betreffend „Implementierung eines Pflege-Schwerpunktes bei 3-jährigen berufsbildenden mittleren Schulen bzw. Fachschulen“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 9. Mai 2019, mit dem ein Beschluss vom 11. April 2019 betreffend „schnellere Asylverfahren in zweiter Instanz“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 6. Mai 2019, mit dem eine EntschlieÙung vom 3. April 2019 betreffend „ausländische Täter sollen Haft in ihrer Heimat absitzen“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 6. Mai 2019, mit dem eine EntschlieÙung vom 3. April 2019 betreffend „Tiertransporte: Unterbringungszeit in Sammelstellen EU-weit einheitlich definieren – Prozess ‚FleischZukunftVorarlberg‘ vorantreiben“ vorgelegt wird.
7. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 16. Mai 2019, mit dem ein Beschluss vom 16. Mai 2019 betreffend „Novelle zum Eisenbahngesetz; Zuständigkeitsübertragung vom Land auf den Bund“ vorgelegt wird.
8. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 16. Mai 2019, mit dem ein Beschluss vom 16. Mai 2019 betreffend „ORF-Reform“ vorgelegt wird.
9. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 16. Mai 2019, mit dem ein Beschluss vom 16. Mai 2019 betreffend „Schutz und Sicherung des Trinkwassers“ vorgelegt wird.
10. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 16. Mai 2019, mit dem ein Beschluss vom 16. Mai 2019 betreffend „rechtliches Vorgehen gegen Hass, sexuelle Belästigung sowie Social Bots im Internet“ vorgelegt wird.
11. Schreiben des Bürgermeisters von Zell am Pettenfirst vom 14. Mai 2019, mit dem eine Resolution betreffend „Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen“ vorgelegt wird.

12. Schreiben des Bürgermeisters von Zell am Pettenfirst vom 14. Mai 2019, mit dem eine Resolution betreffend „Rettet die Bienen – für den Schutz von Böden und Artenvielfalt“ vorgelegt wird.
13. Schreiben des Bürgermeisters von Winden am See vom Mai d.J., mit dem eine Petition vom 29. März 2019 betreffend „Verbot des Inverkehrbringens von Pflanzenschutzmitteln mit den Wirkstoffen Glyphosat und Chlorpyrifos“ vorgelegt wird.
14. E 73-NR/XXVI.GP vom 15. Mai 2019 betreffend "eine ausgewogene Berücksichtigung der gesamtstaatlichen Zielsetzungen in der Rechtsordnung" (Wortlaut siehe Beilage).
15. E 74-NR/XXVI.GP vom 16. Mai 2019 betreffend "Sicherstellung der Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sowie Weiterentwicklung der bestehenden GAP-Instrumente in der neuen Periode" (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 15. Mai 2019

betreffend eine ausgewogene Berücksichtigung der gesamtstaatlichen Zielsetzungen in der Rechtsordnung

Der Nationalrat begrüÙt die Bestrebungen der Bundesregierung, einen Ausgleich im Rahmen der staatlichen Interessen zwischen Ökonomie und Ökologie herzustellen. In diesem Sinne werden die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung ersucht, in ihrem politischen Wirken, insbesondere bei der Erstellung von Regierungsvorlagen, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen ökonomischen sowie ökologischen Interessen herzustellen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 16. Mai 2019

betreffend Sicherstellung der Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sowie Weiterentwicklung der bestehenden GAP-Instrumente in der neuen Periode

Die Bundesregierung wird ersucht, weiterhin alle diplomatischen und politischen Mittel auszuschöpfen, um in den Verhandlungen in Bezug auf den Mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2021 – 2027 und die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020 gute Ergebnisse für die Bäuerinnen und Bauern zu erzielen.

Dies umfasst insbesondere:

- *Sicherstellung der Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik, insbesondere im Bereich der Ländlichen Entwicklung*
- *Fortführung des ökosozialen Wegs in der Österreichischen Agrarpolitik mit einer flächendeckenden, wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft auf Basis unserer bäuerlichen Familienbetriebe*
- *Die Zielsetzungen des neuen GAP-Umsetzungsmodells (mehr Subsidiarität und weniger Bürokratie) müssen auch in Österreich voll realisierbar sein*
- *Erhalt der Zwei-Säulen-Struktur der GAP mit den wesentlichen Elementen Direktzahlungen und Ländliche Entwicklung*
- *Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen für den Agrarsektor im EU-Binnenmarkt - keine volle Renationalisierung der GAP*
- *Implementierung von Notfall- sowie Risikoabsicherungsinstrumenten in allen landwirtschaftlichen Produktionsbereichen*
- *Sicherung der Land- und Forstwirtschaft in den Berg- und benachteiligten Gebieten inklusive Schutz und Erhalt einer flächendeckenden Alm- und Weidewirtschaft*
- *Rechtzeitige Vorbereitung der Übergangsphase von der aktuellen zur reformierten GAP, um Planungssicherheit für die Bäuerinnen und Bauern sicherstellen zu können*
- *Absicherung einer modernen europäischen Lebensmittelproduktion auf Basis des Vorsorgeprinzips, insbesondere im Bereich Pflanzenschutz und Tierwohl.*